

Entschließung

Die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz wird ersucht, Gespräche mit den zuständigen VertreterInnen der Bundesländer und VertreterInnen der Parlamentsparteien mit dem Ziel aufzunehmen, für das gesamte Bundesgebiet einheitliche Jugendschutzbestimmungen zu schaffen.